

Pandemie XVIII.

Deutschland im Winter-Lockdown – eine Zwischenbilanz (GS 1-21)

I.

— Am Anfang des Artikels wird behauptet, dass das Individuum bei der Pandemiebekämpfung „im Mittelpunkt staatlichen Handelns“ steht, wie es sich „fürs christlich-abendländische Gemeinwesen gehört“. Wie ist das gemeint? Das klingt süffisant, soll aber darauf verweisen, wie der Bürger nicht erst bei der Pandemiebekämpfung vorkommt, weil es in diesem Gemeinwesen tatsächlich auf das Individuum ankommt; andererseits steht der Staat dem Bürger aber zugleich auch misstrauisch gegenüber: Dass er wie gewohnt Kontakte pflegt, will der Staat wegen Ansteckungsgefahr verhindern.

Aber der Staat erlässt die Maßnahmen, die das Individuum betreffen, nicht aus Misstrauen, sondern weil er die Maßnahmen für geboten hält. Die Individuen sollen bei ihrer Betätigung die Pandemie berücksichtigen und daher Abstand halten. Was heißt das nun für die Individuen? Dass das Individuum hier im Mittelpunkt steht und sich unsere Gesellschaft sehr viel darauf einbildet, auch im Vergleich zu anderen Gemeinwesen, weiß jeder aus dem Gemeinschaftskundeunterricht. Die Bezugnahme darauf zieht sich durch den ganzen Artikel, in jedem Unterabschnitt geht es darum, näher zu bestimmen: Wie kommt das Individuum hier jeweils vor? Wie kann man aus dem staatlichen Umgang mit den Leuten in der Pandemie darauf schließen, wie diese Gesellschaft verfasst ist? Und was bedeutet das für den Einzelnen?

— Das Individuum wird einerseits ständig hochgehalten und zugleich macht ihm der Staat angesichts Corona die Ansage, dies und jenes zu unterlassen oder bestimmte Sachen zu tun.

Das eine ist das *Selbstbild* des Staates, wie er sich präsentiert, als was er wahrgenommen werden will: das Individuum steht im Mittelpunkt seines Handelns. Das andere ist, dass der Staat in der Pandemie darauf gestoßen wird, dass er sich tatsächlich um die Leute und deren Gesundheit kümmern muss, und die Antwort auf die Frage, wodurch und wo werden sie krank, lautet: Ihre Kontakte untereinander sind das Problem. Also muss man verhindern, dass sie sich in diesen Kontakten anstecken.

— Wie geht es jetzt am Individuum weiter? Die Politik hält im Einklang mit den Erkenntnissen der Virologen hoch, dass es eine medizinische Vernunft gibt, und erlässt die berühmten AHA-Regeln. Der Bürger soll einsichtig sein und seine Kontakte einschränken etc., wo doch das Individuum hierzulande dadurch gekennzeichnet ist, dass es laufend Kontakte pflegt und darauf angewiesen ist, ob im Arbeitsleben, der Freizeit oder sonst wo. Das soll er jetzt lassen. Das ist doch ein Widerspruch – der wird im nächsten Absatz ausgeführt.

Der Widerspruch ist hier schon, dass die Politik von dem Individuum, das sich normalerweise frei betätigen und bewegen soll, jetzt – begründet mit der medizinischen Ver-

nunft – verlangt, den Kontakt zu anderen zu meiden, Abstand zu halten und sich vieler gewohnter Tätigkeiten zu enthalten, also nicht mehr wie bisher weiterzumachen. Allein schon dieses Beschränken ist ein Widerspruch zu dem, wie die Menschen sich normalerweise in dieser Gesellschaft verhalten, ja auch verhalten sollen und müssen. Das ist der simple Gedanke in dem Punkt. Im nächsten Abschnitt geht es dann darum, was Vernunft und der Bezug darauf in dieser Gesellschaft bedeuten.

— *Da bezieht sich der Widerspruch darauf, dass Vernunft nicht die übliche Weise des Umgangs der Herrschaft mit ihrem Volk ist. In dieser Gesellschaft kann jeder als bürgerlich freies Individuum meinen, was er will – ohne irgendeine Verbindlichkeit oder einem Konsens über geteilte Erkenntnisse. Nicht auf Basis einer einsichtigen vernünftigen Argumentation, sondern durch Regeln und Gesetze der öffentlichen Gewalt werden Verbindlichkeiten festgelegt. Das erscheint jedem Bürger notwendig und vernünftig.*

— *Dass der Staat in der Pandemie dem Volk unermüdlich die Forderungen der medizinischen Vernunft nahebringen muss, „auf dass es einsichtig weiter das Nötige tut“, „steht voll im Widerspruch“ dazu, dass der Staat normalerweise den Leuten was aufzwingt und nicht unbedingt an deren Einsicht appelliert. Das ist der „Widerspruch zum systemgemäßen Umgang der Herrschaft mit ihrem Publikum“.*

Dass der Staat für seine Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung mit der medizinischen Vernunft argumentiert, dass sie sich nach der wissenschaftlichen Vernunft richten sollen, ist in dieser Gesellschaft ein unüblicher Antrag an die Leute. Das steht im Widerspruch zu dem, wie normalerweise mit ihnen umgegangen wird. Man sollte hier noch genauer ausführen, wie der Staat sich auf die Vernunft bezieht und wie der Bürger das dann zusammenkriegt.

— *Für das Individuum ist die Vernunft eine Privatangelegenheit, ein unverbindliches Meinen, das folgenlos bleibt. Darauf kommt es in seiner Privatsphäre an und das nimmt er als den Inbegriff seiner Freiheit. Aber im Verhältnis zwischen Volk und Führung kommt es auf das vernünftige Meinen nicht an.*

Das ist ungenau. „Vernünftige Meinung“ ist ein Widerspruch: Vernunft ist ein objektives Urteil darüber, was richtig ist. In dieser Gesellschaft dagegen ist die Vernunft zur unverbindlichen privaten Meinung gemacht; jeder kann sich denken, was er will, nicht nur über seine privaten Angelegenheiten, sondern zu allem, was passiert. Das ist per Grundrecht jedem garantiert und der Umgang, der zwischen Staat und Volk gepflegt wird. Die Vernunft als Maßstab zu nehmen, nach dem ein vernunftbegabtes Wesen sich richtet, gilt als Vergewaltigung der Leute. Sich ein vernünftiges Urteil zu Herzen zu nehmen, sind die Leute nicht gewohnt und das sollen sie normalerweise auch nicht. Das ist hier erst mal festzuhalten.

— *Den Unterschied zwischen der Vernunft in der privaten Sphäre und dem, dass die Vernunft in dieser Gesellschaft nicht systemgemäß ist, gibt es ja so auch nicht. Vernunft, also Konsens in den richtigen Argumenten, ist dieser Gesellschaft einfach fremd, sowohl im staatlichen, öffentlichen Bereich als auch im Umgang der Leute miteinander.*

Dem Individuum kommt es in allen möglichen Sphären auch gar nicht wirklich auf Ver-

nunft an. Und wenn die Politik ihm laufend sagt, es solle sich auch in seinem Privatleben vernünftig verhalten, vom Konsum über das Gesundheitswesen usw., heißt das, jeder soll sich auch da seine „vernünftige Meinung“, und das heißt eben: frei seine Meinung, bilden. Das Privatleben unterscheidet sich da überhaupt nicht von anderen Sphären, in denen sich der Mensch herumtreibt. Der Staat dagegen macht allerhand – in den verschiedenen Sphären unterschiedlich – per Gewalt für das Volk verbindlich und begründet auch das mit Vernunft. Die Einsicht der Leute besteht nun nicht darin, dass sie die Anordnungen als vernünftig einsehen – das müssen sie auch nicht, sie können darüber denken, was sie wollen. Aber dass es Regeln gibt, dass man sich an die staatlichen Vorgaben halten muss, ist jedem geläufig, einsichtig, weil es sonst in der Welt ja ‚drunter und drüber ginge‘.

Der Ausgangspunkt war, dass der Staat sich bei den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung auf die medizinische Vernunft *beruft*, seine Bürger zur Einsicht auffordert, und sich dann öffentlich herzlich bedankt und anerkennt, wie furchtbar vernünftig doch alle seien. Das ist eine komische Sache, wenn sich an der Stelle so auf die Vernunft berufen wird. Denn Vernunft fragt: Was ist die Sache? Welche Argumente gibt es zu ihr zu sagen? Was ist richtig, was falsch? Diese Kriterien haben in dieser Gesellschaft überhaupt keine Gültigkeit. Wenn jemand argumentiert, das müsste soundso gehen, weil alles andere unvernünftig und falsch wäre, wird er von vorneherein damit kritisiert, dass er keine Allgemeingültigkeit für sich in Anspruch nehmen darf. Jede Aussage muss sich präsentieren als bloß private Meinung. In diesem Sinne ist die Vernunft in dieser Gesellschaft *Privatsache*. Den Anspruch zu haben, etwas Verbindliches, Allgemeingültiges zu sagen, also auf richtig oder falsch zu beharren, diese Rolle hat die Vernunft in der Gesellschaft nicht. Sich auf die Vernunft zu beziehen passt also überhaupt nicht zum Umgang der Herrschaft mit ihren Leuten, weil die Vernunft in dieser Gesellschaft bestenfalls als Privatangelegenheit gilt und sich nur dann öffentlich äußern darf, wenn sie sich als Meinung relativiert.

— *Im 4. Absatz geht es darum, wie die Vernunft beim Staat vorkommt. Wenn er seine Maßnahmen im aktuellen Winterlockdown durchsetzt, macht er das ja mit seinem Recht und der dahinterstehenden Gewalt gültig. Das ist sozusagen die staatliche Vernunft. Die medizinische Vernunft, die er benutzt und an die er appelliert, ist Berufungsinstanz.*

Also ist nicht die medizinische Vernunft das Verbindliche, sondern sie ist eine Rechtfertigung des Regelwerks, das der Staat durchsetzt. Das ergibt sich nicht aus der objektiven Bestimmung der Sache. Ganz allgemein gilt, nicht nur während der Pandemie: der Staat setzt die Regeln fest und die Leute müssen sich daran halten. Wenn nicht, setzt er sie mit seiner Gewalt durch. Gegenüber Bürgern, die ihre eigenen Meinungen haben und meinen, ein Recht darauf haben, tritt der Staat nicht wie ein theoretischer 'Dogmatiker' auf, der auf der Richtigkeit seiner sachlichen Urteile beharrt, sondern er verweist auf seine *Beschlusslage*, die vom Parlament verabschiedeten Gesetze. Dem meinenten Bürger steht der Staat mit Maßnahmen gegenüber, die sich nicht der Vernunft, sondern seinen jeweiligen Zwecksetzungen verdanken, die er mit seiner Gewalt als Regel für alle verbindlich macht. Und dem beugen sich Bürger auch, wenn sie sagen, ohne Regeln geht's im Leben nicht. Diese 'Einsicht' lebt allerdings nicht von irgendei-

nem vernünftigen *Inhalt* einer Regel, sondern davon, dass sie diesen praktisch unterworfen sind und das als Notwendigkeit ihres menschlichen Daseins akzeptieren.

Der nächste Schritt ist dann, dass der Staat nicht nur seine Maßnahmen erlässt, sondern dafür auch gute Gründe präsentiert.

— *Für all das, was der Staat beschließt – sei es ein erneuter Lockdown oder Lockerung – reklamiert er einen guten Grund: er müsse auf gefährdete Alte aufpassen oder auf medizinisch Vernünftiges, Hygiene usw. So beansprucht der Staat für seine Vorschriften, die er ihnen aufherrscht, die Anerkennung seiner Bürger.*

— *Im Artikel heißt es, der Staat nimmt die Vernunft für sich in Anspruch. D.h. er funktionalisiert sie, indem die Vernunft das staatliche Regelwerk verbindlich machen soll. So bekommt sie einen Mittelcharakter für etwas, was nicht in der Vernunft, sondern in den staatlichen Zwecken begründet ist.*

Diese Überlegungen zur Zweck-Mittel-Relation machen die Sache, um die es hier geht, eher kompliziert. Es gibt ganz banale Regeln, dass man sich z.B. in der Pandemie häufiger die Hände wäscht. Die Verbindlichkeit dieser Regel ist eine Konsequenz, die aus der *Sache* folgt. Das ist zu unterscheiden von staatlichen, in Form von Gesetzen erlassenen Vorschriften, für deren Verbindlichkeit der Staat mit der nötigen Gewalt sorgt. Zu Letzterem wird im Artikel gesagt: Das ist eine gesellschaftliche Realität, die Jedermann hierzulande für äußerst vernünftig hält, dass man sich jenseits aller Argumente an Regeln hält, weil man sich dran halten *muss*. Auf diese merkwürdige Sorte von allgemein geteilter Vernünftigkeit beruft sich der Staat, wenn er an die Einhaltung von AHA-Regeln appelliert. Er baut nicht auf Einsicht in die Sache des Maskentragens, sondern darauf, dass es Jedermann geläufig ist, dass man sich an staatliche Regeln zu halten hat. Auf diese Sorte Alltagsverstand wird hier hingewiesen.

Einerseits baut der Staat also auf den allgemeinen Gehorsam gegenüber seinen gültigen Regeln. Abhängig macht er sich davon allerdings nicht, setzt das im Zweifelsfall gewaltsam durch. Zugleich verzichtet er nicht darauf, einen guten Grund fürs Gehorchen zu präsentieren.

— *Ist das nicht ein Sonderfall in dieser Pandemie, dass der Staat sich auf wissenschaftlich richtige Stellungnahmen von Virologen bezieht, um seine Taten zu rechtfertigen?*

Nein, das ist eher der Normalfall: wissenschaftliche Expertisen, wenn sie zu den jeweiligen staatlichen Maßnahmen passen, dienen gerne als Berufungsinstanz. Das ist beim Klimawandel nicht anders.

— *Das zeigt sich ja auch in der Debatte darüber, welcher Wissenschaftler zu Recht als Autorität gelten kann oder ob es nicht andere Berater bräuchte.*

An diesen Debatten, die gar nichts erklären, wird deutlich, dass es nicht um wissenschaftliche Inhalte geht, sondern um Rechtfertigungen von Oben.

— *Der Rechtfertigungscharakter von vernünftigem Wissen ergibt sich daraus, dass die Festlegung des Willens der Leute durch staatliche Sanktionsandrohung zustande kommt. Also nicht Resultat von Erklärungen ist, die eine gemeinsame Verbindlichkeit*

im praktischen Handeln zur Folge haben, sondern durch staatliche Sanktionsandrohung erzwungen werden, so dass das richtige Wissen zur reinen Rechtfertigung wird.

Von daher ist es auch völlig egal, ob die Politik sich auf richtige wissenschaftliche Erkenntnisse in Gestalt von Virologen beruft oder auf irgendwelche Ideologen. Die Überzeugungskraft lebt von der wissenschaftlichen Autorität, die demjenigen zugesprochen wird, und nicht vom Inhalt dessen, was er sagt.

Und weil die Argumente inhaltlich so belanglos sind, ist die Akzeptanz der jeweils angeführten Rechtfertigung(s)/-instanz eine relative Angelegenheit. Da wird dann auf andere Vertreter, die für andere Konsequenzen plädieren oder auf andere Disziplinen verwiesen, die der eigenen Auffassung näher stehen. Es sind eben nicht die Argumente, die überzeugen, sondern die Sanktionsbewehrtheit der Regeln. Auf dieser Basis wägen die Leute dann ab, ob an dem, was die wissenschaftlichen Autoritäten vertreten, vielleicht 'was dran' ist oder eben nicht.

— Ein aktuelles Beispiel für die legitimierende Funktion wissenschaftlicher Autoritäten stellt Jens Spahn dar, wenn er die Aussetzung des Impfstoffs von AstraZeneca damit begründet, dies sei keine politische, sondern eine fachliche Entscheidung gewesen. Da macht er selber klar, dass Politik und Wissenschaft zwei paar Stiefel sind.

Aber damit lügt er doch, von wegen es handele sich um eine wissenschaftliche und keine politische Entscheidung. Als Gesundheitsminister ist er die politische Entscheidungsinstanz und die Verbindlichkeit der Aussetzung hängt ganz von ihm und nicht vom Paul-Ehrlich-Institut ab.

II.

1. Die Welt der Freizeitgestaltung

— Das große Reich der privaten Freiheit entpuppt sich hier als riesige Freizeitindustrie, wo das Tummeln der Leute – was auch immer sie tun, nach Malle fahren oder sonst was – dazu da ist, deren Profit zu versilbern.

— Der Staat hat einen Schwerpunkt seiner Coronapolitik auf Kontaktbeschränkungen im privaten, freizeithlichen Gebaren der Leute gelegt. Hier hat sich ihm die Frage, ob er damit auch relevantes ökonomisches Geschäft unterbindet, zunächst nicht so gestellt wie in der Sphäre des Erwerbslebens. Aber weil die Kontaktverbote eine ganze Freizeitindustrie lahm legen, kommt diese Frage doch wieder rein und zwar so, dass er den Verdienstaustausch dieser Branche zur Kenntnis nimmt und in gewissem Maße finanzielle Kompensation anbietet. Das eröffnet dann eine muntere Konkurrenz unterschiedlicher Fraktionen dieser Freizeitgewerbeanbieter um die staatlichen Mittel.

— Besprochen wird das üblicherweise doch als Haushaltsproblem. Es geht nicht darum, irgendwelchen Kellnern oder Künstlern zu helfen, sondern die Überlegung ist, letztlich kommt der Staat billiger weg, wenn er Überbrückungshilfen leistet, als wenn diese Leute alle in Hartz 4 landen.

Die Abteilung Freizeitvergnügen ist anfangs wegen der Ansteckungsgefahr großflächig lahmgelegt worden, weil es sich dabei um bloßes Vergnügen handelt, das nicht unbedingt nötig ist. Dann wurde aber bemerkt: Bei diesem bloßen Vergnügen handelt es

sich um eine ganze Freizeitindustrie, in der sind massenhaft Geschäftsleute unterwegs, die an der Organisation desselben Geld verdienen. In dieser Geschäftssphäre finden auch massenhaft abhängig Beschäftigte ihr Auskommen (Kellner etc.). Weil er die Verdienstmöglichkeiten beider Abteilungen durch seine Maßnahmen beschränkt, kommt der Staat ins Grübeln und wird 1. bei der Lahmlegung zögerlich und, wo er weiter lahmlegt, sinnt er 2. auf Kompensation – in beide Richtungen. Das Kriterium dabei ist aber nicht, wie ihn das billiger kommt. Die noch gehaltenen Angestellten in der Gastronomie sind ja auf Kurzarbeit.

Bei einer anderen Freizeitabteilung nimmt der Staat sogar Einschränkungen zurück. Der Profifußball darf z. B. unter Hygienekonzepten seine Spiele abhalten.

— *Da geht es ja auch um eine riesige Geschäftssphäre und um den Ausweis, was wir auf diesem Feld für eine prächtige Nation sind, also um die Bedienung von Lokalpatriotismus und Nationalismus.*

Bei seiner Schwerpunktsetzung bzw. der Unterscheidung berücksichtigt der Staat unterschiedliche Gesichtspunkte: Die patriotische Kulturpflege ist beim Fußball das Argument. Die Größe und die Wichtigkeit des Unternehmens (wie bei Lufthansa oder TUI) ist ein anderer Gesichtspunkt. Deshalb sind da die Entschädigung bzw. die Ersatzleistungen des Staates keine Frage und auf der anderen Seite werden auch die beschränkenden Maßnahmen relativ locker gehandhabt. Solche politischen Gesichtspunkte ergeben dann auch den Unterschied zwischen Bundesliga und Breitensport.

— *Bei den Multis, den wichtigen Konzernen, ist klar, dass der Staat da subventioniert, was nötig ist. Interessant bei seiner Wirtschaftspolitik ist, dass er sich offensiv dazu bekennt, dass für ihn Corona – auch wenn gewisse Leute das meinen – überhaupt kein Grund ist, etwas anders zu handhaben, z. B. seinen Kapitalismus grüner zu machen, sondern: weiter so.*

Das Argument für „weiter so“ fehlt. Als Argument führt der Staat an, dass am Geschäft der Unternehmen viele Arbeitsplätze hängen. Der Staat stellt fest, dass er mit seinen Maßnahmen im Zuge der Pandemie viel Geschäft lahmlegt und Leute entlassen werden. An deren Freisetzung hält der Staat nicht einfach *deren* Notlage fest, sondern das heißt für ihn, dann muss das *Geschäft* wieder zum Laufen gebracht werden. Die Unternehmen müssen Hilfe bekommen. In dem Sinne *bekräftigt* er das eingerichtete Verhältnis der Abhängigkeit; als dieses wird es ins Feld geführt – auch gegen weitere schöne Wünsche: Es ist zwar ein schöner Nebeneffekt, dass in der Pandemie die Emissionen wegen geringerem Luftverkehr zurückgegangen sind, aber mehr geht nicht. In dem Sinne schlägt das Argument Arbeitsplatz jedes ökologische Umdenken.

— *Eine Frage zur „Ruinierung ganzer Länder“ im Zuge der Ruinierung des Tourismusgeschäfts (Punkt 1, 4. Absatz): Man erfährt doch sonst immer, Länder, die es geschafft haben, Touristenziele zu werden, hätten Glück gehabt, weil sie sich Geldquellen erschlossen haben?*

— *Hier wird einfach festgehalten, dass mit dem Herunterfahren der Tourismusbranche offenbar wird, wie sehr ganze Länder nur noch für dieses Geschäft funktionalisiert sind und wenn das wegfällt, ist das ihr Ruin. Für diese abhängigen Länder gibt es kei-*

ne Kompensation für ihre Betroffenheit von den Maßnahmen, die woanders wegen der Pandemie getroffen werden.

Weil die Maßnahmen des hiesigen Staates eben auf die Rettung des Geschäftsgangs von Unternehmen wie Lufthansa oder TUI zielen. Deren Betroffenheit ist Grund für die finanzielle Unterstützung, die der Staat gewährt, nicht jede Betroffenheit, die noch daran hängt. Und wenn es noch so extrem ist und ganze Länder dadurch ruiniert werden.

Es gibt viele Länder, in denen der Tourismus einen wichtigen Bestandteil ihrer Ökonomie ausmacht. Man erfährt im Wirtschaftsteil Zahlen, wie viel der Tourismus zum Brutto sozialprodukt z. B. der Türkei beiträgt und wie viele hunderttausend Leute in der Branche beschäftigt sind und darüber irgendein Auskommen haben. Dabei schlägt das, was normalerweise positiv als Beitrag zur Ökonomie eines Landes vermerkt wird – da wird Geschäft gemacht, weil die einen Tourismussektor haben –, in der Krise anders herum zu. Wenn der Tourismus in einem von diesem Sektor abhängigen Land nicht mehr stattfindet, ist das gleichbedeutend damit, dass es dadurch ruiniert wird. Weil die Einkommensquelle für das Land und einen Teil der Leute ersatzlos gestrichen ist.

Besonders schlimm findet alle Welt, dass keine Kultur mehr stattfinden kann.

— Argumentiert wird überall mit „schöngestigen Ideologien zum Gebrauchswert“ (6. Absatz). Die Kulturmenschen betonen ihre Wichtigkeit, weil es nicht bloß ums Geldverdienen gehen darf, sondern das Bedürfnis nach Kultur sei ein zutiefst menschliches Bedürfnis. Mit diesem Beschwören, dass es bei ihnen um etwas Höheres geht, verlangen sie, dass sie entweder vom Staat Unterstützung bekommen oder ihnen die Geldeinnahme durch ihre Kultur wieder erlaubt wird (natürlich mit Hygienekonzepten etc.). Damit sprechen sie aus, dass es bei ihrer Kunst ums Geldverdienen geht und diese ohne diese Möglichkeit für ihre Veranstalter ihren ganzen Wert verliert.

Die Kulturschaffenden fordern vom Staat Unterstützung oder die Genehmigung, wieder aufzumachen, mit einem interessanten Argument: Sie führen ins Feld, dass sie für etwas stehen, was in dieser Gesellschaft sehr wichtig ist: das Höherwertige, Schöne, das kulturell Wertvolle, Opern-/Theaterbesuche. Dabei wird deutlich, dass sie das nicht ins Feld führen, weil es ihnen nur um das Schöne und Wahre ginge, sondern weil das ihre Einkommensquelle ist. Das ist eine Klarstellung, dass es auf Kultur in dieser Gesellschaft als Einkommensquelle ankommt.

— Auf der anderen Seite besitzt der Kulturbetrieb eine erhebliche Systemrelevanz. Er gehört zum Alltag des Bürgers in dem Sinn, dass er damit diesen Alltag besser aushalten kann. Durch Kulturveranstaltungen wird ein Bedürfnis in der Gesellschaft befriedigt.

— Die Kulturveranstaltung eröffnet die Möglichkeit der Einbildung, dass sich letztlich alles Alltagsstreben in Wirklichkeit lohnt, weil man eigentlich Bestandteil von etwas ganz Tollem ist, z.B. der Stadtkultur und in der geht man auf. So lässt sich der Gedanke aushalten, am nächsten Tag wieder arbeiten zu müssen.

Insofern bekommt man in den Medien nicht nur die Heuchelei der Veranstalter der Kul-

tur, sondern auch das Klagen der Leute laufend serviert, wie gerne sie wieder ins Theater, die Musikveranstaltung etc. möchten. Das stellt klar, dass die Kultur diesen Bedarf in der Gesellschaft bedient, dass die Leute das als Reich ihrer Freiheit pflegen und dass sie das jenseits der Notwendigkeiten ihres Alltagslebens als das eigentlich Wichtige in ihrem Leben hochhalten, das ihnen jetzt enorm abgeht.

— *Man sieht das auch an den Corona-Leugnern, die immer hochhalten, sie könnten ohne das nicht leben, bräuchten unbedingt ihre Freiheit, Kneipe, Kultur.*

— *Mit dem Argument – ich habe ein Recht auf Freiheit – sind sie Anhänger dieser Fiktion, in diesem Leben ginge es eigentlich um mehr als Geldverdienen und sich dienstbar zu machen für fremdes Geschäftsinteresse. Und wenn der Staat sie da wegen Corona beschränkt, ist ihnen das, worum es ihnen wirklich geht, bestritten. Daher der Radikalismus ihrer Demos.*

Das ist aber nicht genau der Punkt bei diesen Demos. Radikale Verteidiger der kulturell wertvollen Dinge gibt es sicher dort auch. Aber die Corona-Leugner stehen in einem Verhältnis zum Staat, durch den sie sich bevormundet sehen, und gehören deshalb in Punkt III. Die sind als radikale Freiheitsfiguren unterwegs, nicht als welche, die Kulturgüter verteidigen.

— *In dem zweitletzten Absatz vor 2 besteht „die Wahrheit“ darin: Ohne die Fiktion des frei gewählten Zwecks, ohne die Einbildung, die zum geldverdienenden Alltag dazugehört – 8 Std. durchhalten, aber dann abends ins Kino, Theater oder Kneipe –, ist das schlecht auszuhalten. Das ist eine Verdrehung: Die Freizeit wird zur Hauptsache erklärt, die aber in etwas ganz anderem besteht, nämlich darin, dass man sich im Betrieb für einen ganz anderen Zweck aufarbeitet.*

Es geht nur nicht um Hauptzweck und eigentlichen Zweck. Dass ein Großteil des Lebens mit den Notwendigkeiten des Arbeiten-müssens und der Reproduktion ausgefüllt ist, ist niemandem das Geheimnis und dass nur ein geringer Teil davon Spaß macht. Es ist auch nicht das Verhältnis von Hauptsache und Nebensache, sondern dass die Leute sich einbilden, dass das, was ihnen aufgezwungen ist – täglich arbeiten zu müssen –, eine Sache ist, für die sie sich anstrengen, in die sie sich reinhängen als ihr Mittel, um dann das machen zu können, worauf es ihnen eigentlich ankommt – Kneipe, Theater, Fußball. Dieser seltsame Standpunkt – ‚Wir rackern uns ab, um hinterher in die Kneipe zu gehen und dann wird man darum betrogen!‘ – reklamiert ein *Recht* auf Kompensation. Dieser Anspruch: ‚Jetzt muss doch endlich wieder Schluss sein, man muss wieder mal dürfen‘, lebt von diesem Standpunkt: Man hätte sich das genau so ausgesucht und eingerichtet, dass man in die Arbeit geht, damit man dann die schönen Seiten des Lebens genießen kann, auf die man sich ein Anrecht erworben hat.

Dieser Fiktion, die die Leute aufmachen, wird vom Staat entgegengekommen (letzter Abschnitt von 1), indem er darauf Rücksicht nimmt, was dann „mal sein muss“. Im November-Lockdown wurde argumentiert: Wir müssen uns jetzt noch mal zusammenreißen, damit wir hinterher wieder das normale Leben haben, was uns so wichtig ist, worauf es ankommt, eben das verdrehte Verhältnis von arbeiten um zu leben.

— *Dass das eine Fiktion ist, könnten sie auch merken, wenn sie vor dem Kneipen-*

besuch vor die Frage gestellt sind, kann ich mir das eigentlich leisten oder ist etwas anderes nötiger. Sie müssen also auf ihren Geldbeutel schauen; von wegen, es ginge ganz frei nur um ihre Bedürfnisse.

Der Witz ist hier auf einer anderen Ebene: Die Leute sagen, sie nehmen die Pflichten auf sich, um dann machen zu können, was sie wollen. Dass das durch ihren Geldbeutel beschränkt ist, ist ihnen kein Geheimnis, aber die Fiktion besteht darin, der Sinn ihres Tuns und ihrer Arbeit bestünde darin, dass sie dann die Freiheit haben, sich mal so richtig ihre Wünsche zu gönnen. Daraus speist sich der Radikalismus ihres Rechtsanspruchs.

2. Die Welt des Konsums

— Der Staat nimmt in Zeiten von Corona einen systemfremden Standpunkt zur Versorgung ein. Er entscheidet, welche Geschäfte und Dienstleistungen geöffnet sein dürfen und welche nicht. Dabei ist ihm bewusst, dass er mit diesem Vorgehen viele Geschäfte erheblich schädigt. Um dies zu kompensieren, bringt er das Steuerrecht zum Einsatz und erniedrigt vorübergehend die Mehrwertsteuer. Mit seinen Maßnahmen, die im Widerspruch zu dem System der Marktwirtschaft stehen, greift der Staat einerseits planvoll in den Konsum der Bürger ein, auf der anderen Seite lässt er die Grundrechenarten des Geschäfts unberührt, die Geschäfte sollen weiterhin ihre Waren mit Gewinn verkaufen und die Bürger müssen weiterhin ihr Geld einteilen, um sich das Lebensnotwendige kaufen zu können.

Der erste Gedanke ist, dass der Staat wegen der Ansteckungsgefahr auch im Konsumsektor Kontakte unterbindet. Er lässt die meisten Unternehmen des Einzelhandels und Dienstleistungssektors schließen und sorgt gleichzeitig dafür, dass sich die Leute mit den lebensnotwendigen Dingen versorgen können, indem sie – wie immer – die Sachen *kaufen*. Dies ist ein Widerspruch zu der Stellung, die der Staat außerhalb des Katastrophenfalls zum Konsum einnimmt, wo Angebot und Nachfrage der Konkurrenz überlassen bleiben. Der Staat ist sich zweitens bei der Durchsetzung des Lockdown dieses Widerspruchs bewusst. Deshalb ergreift er dann auch flankierende Maßnahmen zur Kompensation des Schadens. Auf diese Weise wird klar, welche systemtragende Rolle dem Individuum als Konsument in der Marktwirtschaft zukommt: Es hat die Bestimmung, die produzierten Waren mit seinem verdienten Geld zu versilbern. Dem trägt der Staat dadurch Rechnung, dass er Anreize schafft, damit die Rolle des Konsumenten, nämlich die produzierten Waren zu kaufen, möglichst erhalten bleibt, auch wenn viele Geschäfte geschlossen sind. Die Absenkung der Mehrwertsteuer ist dazu ein Beitrag.

— Wenn es im Text heißt, der Staat greife „planvoll“ ein, meint das doch, dass es dem Staat entgegen seiner sonstigen Gepflogenheiten um eine Absicherung der Grundversorgung des Volkes geht. Nimmt er diesen Gesichtspunkt ein und trägt dafür Sorge, indem er die entsprechenden Lebensmittelläden offenlässt?

„Planvoll“ betätigt er sich in dem Sinn, dass er sich zu dem Subjekt macht, das entscheidet, was die Menschen kaufen können und was nicht. Aber der Staat sorgt nicht dafür, dass notwendige Gebrauchswerte für die Versorgung produziert werden, oder bestimmt, welche; er beschränkt den Konsum und damit die Verdienstmöglichkeiten

konkurrierender Unternehmen. Das widerspricht seinem Wirtschaftssystem, trotzdem setzt er wegen der Pandemie diese Maßnahme durch und berücksichtigt dabei, dass die Grundversorgung wie bisher stattfinden kann, indem er die entsprechenden Geschäfte offenlässt. Andere Waren können über den Versandhandel gekauft werden, was für diesen eine Erweiterung des Geschäfts bedeutet und für die anderen Geschäfte ein Wettbewerbsnachteil ist. Er stellt also nicht die Grundversorgung sicher, sondern kanalisiert die Verkaufsmöglichkeiten und berücksichtigt dabei die Güter, die unbedingt gekauft werden müssen.

Die Formulierung „planwirtschaftliche Bevormundung“ bezieht sich darauf, wie der Staat in normalen Zeiten zu solchen Anträgen steht. Er betreibt auch jetzt keine Planwirtschaft, sondern legt ausnahmsweise einen Gesichtspunkt an, der ihm sonst fremd ist und den er verteufelt.

Weil der Staat einerseits das Geschäft lahmlegt – und dieser Effekt andererseits gar nicht erwünscht, sondern eine leidige Konsequenz ist –, versorgt er die Geschäftswelt, die er beschränkt, mit Nothilfen und setzt Unterstützungsprogramme in die Welt. Diese Regelungen – wer wann wieviel Geld bekommt – und die Modalitäten der Abwicklung lösten eine öffentliche Debatte und viele Beschwerden von Geschäften aus, die angeblich weniger Zuschüsse bekommen haben als ihnen eigentlich zustünde oder sich im Vergleich zu anderen schlechter behandelt fühlen. In einem Punkt sind sich alle in dieser Konkurrenz um staatliche Hilfen einig: Es ist ungerecht und ungerechtfertigt, dass der Onlinehandel boomt, an dem vor allem die großen ausländischen US-Konzerne und nicht die deutsche Geschäftswelt verdient; dass der Staat mit solchen Unterstützungsprogrammen der einheimischen Geschäftswelt einen Konkurrenznachteil beschert.

3. Die Welt des Gelderwerbs

— Da viele Geschäfte geschlossen sind und die „kleinen Leute“ keine Gelegenheit haben, Geld zu verdienen, um ihre Lebensnotwendigkeiten damit zu bestreiten, greift der Staat ein. Das Bemerkenswerte bei der Rettungsaktion ist, dass er sich dabei um die Arbeitgeber kümmert. Er sorgt dafür, dass die Fabriken mit Hygienevorschriften weiterlaufen können, dass möglich viele im Home-Office arbeiten; darüber hinaus spendiert er den Arbeitgebern ein Kurzarbeitergeld. Die Rettung der „kleinen Leute“ betreibt der Staat also über Leistungen für die Arbeitgeber.

Wenn die „kleinen Leute“ durch die Rettung des Geschäfts von der staatlichen Hilfe profitieren, dann ist dies eine Auskunft darüber, was sie als Erwerbsbürger sind: Sie sind schon vor jeder Pandemie abhängig vom Geschäft, für das sie dienstbar sind. Als solche kommen die Individuen ins Blickfeld des Staates. Genau so geht es hier um die Rettung der „kleinen Leute“. Die Leute kümmern den Staat nicht einfach als welche, die wenig Geld haben, sondern als von Lohnarbeit Abhängige, deren Verwendung sich derzeit nicht lohnt. Dementsprechend bezieht sich der Staat gar nicht auf sie, sondern auf die Arbeitgeber, deren Kalkulation mit den Arbeitern – dass sie die Leute gerade nicht mehr gewinnbringend anwenden können – dafür sorgt, dass sie kein Auskommen mehr haben. Im Sinne beider Seiten erweitert und verlängert er das Kurzarbeitergeld (das er den Arbeitgebern zahlt) für deren Lohnabhängige, hat also deren Funktion im

Betrieb im Auge, damit sie als Belegschaft dem Unternehmen erhalten bleiben und bei wiederkehrendem Bedarf sofort zur Verfügung stehen. Zudem zahlt er Überbrückungsgelder an die, die entlassen werden, damit sie weiterhin als Lohnarbeiter dem Arbeitsmarkt erhalten bleiben. Die totale Abhängigkeit der „kleinen Leute“ von den Kalkulationen der Arbeitgeber wird hier aus den Maßnahmen des Staates erschlossen.

— *Damit entscheidet der Staat darüber, wann eine Firma insolvent ist und auch darüber, welche Arbeitsplätze es noch gibt und welche nicht. Dabei gibt es auch den Vorwurf unberechtigt beantragter Coronahilfen.*

Der Staat macht mit seinen Maßnahmen zwar Geschäfte kaputt, will aber gleichzeitig, dass die Unternehmen die Pandemie überstehen und danach ihre Geschäfte wieder wie gewohnt aufnehmen, also gerade nicht insolvent gehen. Mit seinen Maßnahmen schafft er Bedingungen dafür, dass die Geschäfte nach Beendigung des Lockdown wieder ein essenzieller Bestandteil des deutschen Wachstums werden. Der Hauptgesichtspunkt dabei ist, dass die verausgabten Summen nach der Pandemie wieder zu einem Aufblühen des Geschäftslebens führen. Dafür setzt er sich mit seiner Gewalt ein. Bei der Vergabe seiner Gelder achtet er natürlich auch darauf, dass sie nicht verschwendet oder von Betrügern kassiert werden, die nach der Pandemie ihr Geschäft nicht wieder öffnen.

— *Der Staat dreht (nächster Absatz) in Coronazeiten an den Stellschrauben des Steuer- und Sozialstaates, um den „kleinen Leuten“ über die Krise hinwegzuhelfen. Dabei kommen auch hier Instrumente zum Einsatz, die schon vor der Pandemie notwendig zum Überleben waren. Der Staat modifiziert beispielsweise die Bedingungen für Lohnfortzahlungen, erleichtert die Kinderbetreuung und den Zugang zur Sozialhilfe. Das Geld dafür stammt aus den Bestandteilen des Lohns, die für solche Fälle von vornherein einbehalten werden. Auf dieses eingerichtete Sozialwesen greift der Staat jetzt zurück*

Hier wird nochmals daran erinnert, dass diese „total abhängigen Figuren“ nicht erst seit Corona, sondern auch im normalen Geschäftsgang dauernd mit Schwierigkeiten bei der Bewältigung ihres Lebens konfrontiert sind. Abhängig Beschäftigte verdienen nie genug, um ihren Lebensunterhalt in angemessener Weise damit reproduzieren zu können. Ihre Existenz, also dass diese Leute über die Runden kommen, hängt daher elementar an den sozialstaatlichen Maßnahmen. *Ohne* die sozialstaatlichen Einrichtungen stehen Lohnabhängige auch ohne Pandemie gleich vor Existenzfragen. Wenn er arbeitslos ist, hat er keinen Lebensunterhalt und ist mit allen möglichen anderen Bedrohungen seiner Existenz dauernd konfrontiert. Eine Lohnarbeiterexistenz ist überhaupt nur gangbar mit einer entsprechenden sozialstaatlichen Betreuung, die der Staat nicht spendiert, sondern aus Teilen des Lohns finanziert, die er zwangsweise einbehält und innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen umverteilt. Er sorgt dafür, dass Teile des Lohns innerhalb der Klasse der abhängig Beschäftigten umverteilt werden. Und schon ein bisschen Lockdown bringt das alles durcheinander.

Die Summe, die der Staat für den einmaligen Corona-Zuschlag für die Ärmsten der Armen veranschlagt, damit die sich mit Masken usw. versorgen können, ist ein Indiz für die hohe Zahl an Menschen hierzulande, die in solch elementaren Fragen mittellos

sind. Der Staat muss dafür sorgen, dass die Leute, die sich weder Masken noch Schnelltests leisten können, sich trotzdem vor Ansteckung schützen können.

4 Die Welt der Nachwuchsbetreuung

Eine durchgängige Sichtweise hinsichtlich der **Schulen (Pkt. II. 4 a)** ist, dass diese Einrichtungen zuallerletzt geschlossen und als allererste geöffnet werden sollen. Es ist zu erklären, womit man es der Sache nach zu tun hat und welche ideologischen Äußerungen es dazu gibt.

— *Der Staat betrachtet die Folgen von Schulschließungen einerseits nicht als unbedingt existenziell für den Fortgang des marktwirtschaftlichen Lebens, andererseits kommt es ihm doch sehr auf die Schule an. Daher verfügt er eine Art Ersatzbetrieb, wofür er die Familie in Anspruch nimmt: Homeschooling. Dabei tun sich in den Familien Schranken sowohl materieller als auch geistiger Art auf. Es fehlt an den notwendigen digitalen Medien und auch an Platz zuhause. Die Eltern sind zudem nicht in der Lage, die Lehrer zu ersetzen. Auch die verlangte Disziplin und Konzentrationsfähigkeit wird zuhause nicht vermittelt.*

Die Schranken, auf die der Staat bei seinen Regelungen in der Sphäre der Schule stößt, kommen im Artikel nur zur Sprache um herauszustellen, welche wesentliche Funktion die Schule für den Staat hat. Anhand der von Corona betroffenen Sphären – Freizeit, Konsum, Arbeit, Schule – soll hier aufgezeigt werden, was die Corona-Krise über die Welt, in der wir leben, offenbart.

Daran, dass der Staat den Schulunterricht nicht einfach ersatzlos streicht, merkt man, dass es ihm sehr darauf ankommt, dass eine Ausbildung für seine Jugend weiter stattfindet. Die Eltern werden ersatzweise mit der Wissensvermittlung ihrer Kinder betraut. Die Tatsache, dass die Eltern sehr schnell an ihre eigenen Wissensgrenzen stoßen, zeigt, dass es in dieser Gesellschaft nur sehr bedingt auf Wissen ankommt. Das, worauf es dem Staat ankommt – einerseits sachliche Kenntnisse zu vermitteln und andererseits auf Charakterbildung bezüglich sozialer Kompetenzen wie Disziplin, Konzentrations- und Anpassungsfähigkeit –, ist in der Familie nicht zu haben. Das ist eine Auskunft über die Gesellschaft, in der die Ausbildung der Jugend vom Staat als getrennte Institution eingerichtet ist.

— *Auf S. 102 steht, dass „die sozialen Schranken dem schulischen Ideal der Chancengleichheit zuwiderlaufen“. Von welchem Standpunkt aus wird das beim Homeschooling zum Problem?*

Bemängelt wird, dass das *Ideal* der Chancengleichheit nicht mehr gewährleistet ist, wenn die Ausbildung in der Familie stattfindet. Da wird ersichtlich, dass die Bedingungen, unter denen sich die Kinder zuhause ihrer Ausbildung widmen können, durch die Armut der Familien sehr begrenzt sind. Die mangelhafte Förderung durch die Eltern erklärt sich sowohl aus deren eigener Bildungssituation als auch aus deren materiellen Nöten und ist eine Auskunft über die Gesellschaft. Festzuhalten ist zudem, worauf es dem Staat hier ankommt. Er legt Wert auf Vermittlung von Wissen zum Zweck der Leistungskonkurrenz. Dafür hat der Staat die Schule als den Ort eingerichtet, an dem

den Schülern das Konkurrieren zur Selbstverständlichkeit gemacht wird, genauso wie die Disziplin, die sie aufbringen müssen, den Anforderungen zu genügen, die ihnen vorgesetzt werden. In der Schule wird Lernen als Leistungskonkurrenz betrieben, um die heranwachsenden Schüler zu Konkurrenzindividuen auszubilden.

Aufgrund ihrer Beschaffenheit kann die Familie als verordneter Ersatzbetrieb für die Schule nicht leisten, was sie ersetzen soll: einen Lernraum mit dem entsprechend notwendigen Equipment, eine ausreichende und disziplinierte Wissensvermittlung und darüber hinaus einen Raum, in dem das Lernziel, sich beim Lernen mit anderen zu vergleichen und sich gegen andere durchzusetzen, erreicht werden kann. Der staatliche Zweck seines Ausbildungswesens, die Sortierung, ist nicht der Zweck der Familie.

— *Aus den Stellungnahmen von Schülern, Eltern und Lehrern, die das Ausstellen eines Corona-Zeugnisses entweder als ein „Immerhin“ begrüßen oder dem Zeugnis einen Makel attestieren, ist ersichtlich, wie sehr diese verinnerlicht haben, worauf es beim Lernen in der Schule ankommt, nämlich auf den Vergleich mit anderen.*

Dass die Betroffenen einfach den Standpunkt der Konkurrenz verinnerlicht haben, ist aber keine zutreffende Kennzeichnung. Es ist ja gar nicht so, dass wegen Corona keine ordnungsgemäße Sortierung mit unterschiedlichen Abschlusszeugnissen mehr stattfindet. In der Klage über ein „minderwertiges Corona-Zeugnis“ – die betroffenen Schüler sind besorgt, ihre geringeren schulischen Qualifikation würden ihr Abschlusszeugnis disqualifizieren und sich negativ auf ihr berufliches Fortkommen auswirken – wird die eigentliche Leistung der Schule völlig durchgestrichen. Mit dem Verteilen von Abschlusszeugnissen wird auch dieser Corona-Jahrgang mit einer Eintrittskarte für die weitergehende schulische oder berufliche Konkurrenz versorgt, was ja gerade die Leistung der Schule ist. Diese Sortierungsfunktion findet also weiterhin statt. Ein anderer Punkt ist, dass es ja andere Subjekte sind, die diese (vor-)sortierte Generation dann gemäß *ihren Ansprüchen beurteilen*.

— *Diese Sorge zeugt von der Bildungslüge, dass ein entsprechender Abschluss es ermögliche, das gelernte Wissen als Erfolgsmittel in der Konkurrenz um die besseren Jobs einzusetzen. Mangelndes Schulwissen ist bestimmt nicht das Entscheidungskriterium für denjenigen, der die Absolventen einstellt. Die in der Schule erworbene soziale Kompetenz, sich in der Konkurrenz durchzusetzen, ist da allemal ausreichend. Im Abschlusszeugnis ist ja auch die Quelle dieser Note getilgt. Sowohl die Sorte von Abschlusszeugnis als auch die Noten zeigen an, zu welchem Zugang in die verschiedenen Abteilungen der Konkurrenz der Klassengesellschaft der Absolvent berechtigt ist.*

Ein Zeugnis dokumentiert in der Tat zum einen nicht die Fähigkeiten und Kenntnisse, die sich ein Schüler erworben hat. Ein Zeugnis ist ein Dokument dessen, dass der Schüler sich während seiner Schulkarriere vergleichsweise besser mit den Anforderungen der Schule auseinandergesetzt hat als seine Mitschüler und sich darüber für eine weiterführende Ausbildung bzw. für die entsprechenden Berufe qualifiziert hat. Zum anderen ist es eine falsche Sicht auf die Dinge zu glauben, Zeugnisse seien mehr als eine notwendige Voraussetzung für den möglichen Zugang zu bestimmten Berufen. Es kommt schon immer darauf an, ob sich jemand findet, der den Anwärter ausgehend vom Zeugnis für geeignet hält, ihn im eigenen Unternehmen zu beschäftigen. In der

Klage, einer verlorenen Corona-Generation anzugehören, wird also so getan, als wäre dem Zeugnis der eigene Wissensstand anzusehen und als könne ein möglicher beruflicher Erfolg verbaut sein, weil dieses Corona-Zeugnis nicht als Voraussetzung für einen bestimmten Beruf geeignet wäre bzw. diesen nicht garantieren würde. Da wird eine Gleichsetzung von schulischem mit beruflichem Erfolg gemacht, die falsch ist.

In dem Zitat vom Ifo-Institut auf S. 103 werden ausgefallene Schulstunden unmittelbar identifiziert mit einem bestimmten Eurobetrag an Lebenseinkommen. Da wird so getan, als ob die in der Schule gelernte Menge Wissen unmittelbar proportional wäre zum späteren Einkommen; Wissen wird als Mittel für Geschäftserfolg aufgefasst. Daraus folgt der Umkehrschluss: Wenn weniger gelernt wird, wird weniger verdient. Von dem Ausgangspunkt des individuellen Nachteils in der Konkurrenz landet das Ifo-Zitat zielstrebig bei dem, worauf es ihm eigentlich ankommt, nämlich bei dem von ihm hinkonstruierten Schaden für das nationale Wachstum als Folge verlorener Bildung und damit geschmälertem Einkommen.

— *Nebenbei ist das eine Klarstellung darüber, was Bildung hierzulande ist und welchen Stellenwert sie hat: Sie ist ein Faktor für Wachstum und ansonsten zählt sie nicht.*

Das Expertentum des Bildungsökonom an dem Institut besteht darin, überall Faktoren für das Wachstum herauszuarbeiten, die er sich einbildet. Der Zusammenschluss, dass das Wachstum in Deutschland um einige Prozentpunkte zurückgeht, wenn Schule nur zu zwei Drittel oder zur Hälfte stattfindet, ist pure Fiktion. Da wird Bildung als Bedingung fürs Einkommen gleichgesetzt mit Beitrag zum Bruttosozialprodukt (Wachstum, Wertschöpfung) und fiktiv zurückgerechnet: weniger Bildung = weniger Wachstum. Welche Leistung Bildung für den Kapitalismus hat, ist dagegen im Artikel spezifischer bestimmt.

— *Im Punkt II. 4 b geht es darum, dass die Schließung von **Kindergärten und Ganztagschulen** eine Zumutung für die Familie ist, weil die Kinder zuhause bleiben müssen. Da entdeckt man den Widerspruch, dass Familie einerseits der Hort von Privatheit und Glück ist, für das man arbeitet. Andererseits werden die Kinder außerhalb verwahrt, weil sich die Eltern als Doppelverdiener nicht um die Kinder kümmern können.*

— *Dass die Eltern ihre Kinder in die Kita oder in die Schule schicken, ist kein Widerspruch, sondern die Funktionalität einer Familie, in der zwei Leute arbeiten. Sobald diese staatlichen Institutionen zumachen oder nur noch beschränkt geöffnet sind, sieht man, wie prekär diese funktionale Konstruktion des Familienlebens als die Form der Organisation des Arbeiterlebens für seine Tauglichkeit im Dienst des Kapitals ist. Sobald so eine Einschränkung kommt, kracht die fragile Konstruktion zusammen.*

— *Der Abschnitt steht dafür, mit welchen Notwendigkeiten sich die Familie herumschlägt, und was sie alles leisten muss, um ein Arbeitsleben, die Kindererziehung und ein Familienleben auf die Beine zu stellen. Diese Nöte der Familie, die zur bürgerlichen Familie dazugehören, explodieren, wenn es zu einem Lockdown kommt.*

Von der Familie ist ein eher idyllisches Bild in der Welt. Sie gilt als die Sphäre des

Glücks und der privaten Entfaltungsmöglichkeiten. Tatsächlich ist diese Sphäre dadurch bestimmt, dass beide Elternteile in die Arbeit gehen müssen, damit das Geld für das Zurechtkommen ausreicht. In der verbleibenden Zeit müssen die Notwendigkeiten des Alltagslebens geregelt werden. Das heißt sich mit der Betreuung der Kinder. Selbst die Funktionen, die der Familie früher einmal zugeschrieben wurden, sind nicht mehr gegeben. Das zeigt sich an der Pandemie. Weder werden die Kinder beaufsichtigt noch werden sie richtig ernährt oder angehalten zu spielen und sich körperlich zu betätigen. All das leistet die Familie angesichts dessen, wie die Leute in der Arbeitswelt hergenommen werden und wozu sie jetzt da sind, nicht mehr und das offenbart sich, wenn sich in Corona-Zeiten die Eltern um die Kinder kümmern müssen, weil die Ersatzinstitutionen nicht parat stehen. Wenn dann Eltern und Kinder zuhause sind und alles Mögliche zu erledigen ist, wird das auch noch eine ziemlich friktionsträchtige Angelegenheit, weil sie in beengten Wohnverhältnissen stattfinden muss.

5 Die Welt der medizinischen Volksfürsorge

Man könnte meinen, dass es in Zeiten der Pandemie gut um das Gesundheitswesen bestellt ist, weil der Staat viel Wert auf die Gesundheit der Leute legt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Kliniken schreiben rote Zahlen, Nicht-Corona-Patienten werden nicht und unzureichend versorgt.

— *Der Staat greift im Zuge der Pandemie planerisch ein und unterbindet mit seinen Vorgaben das über Fallpauschalen abgerechnete Geschäft der Krankenhäuser.*

Kritik am Zustand des Gesundheitswesens war bereits vor der Pandemie verbreitet. Hier wird darauf hingewiesen, dass diese Verhältnisse ganz grundsätzlich in der Verknüpfung von Volksgesundheit und Geschäft begründet sind. Diese Verknüpfung ist so gewollt und an der wird auch nicht gerüttelt. Wenn der Staat jetzt den Ärzten das Impfen, das Testen und die Behandlung von Corona-Patienten besser vergütet, dann reagiert er darauf, will die Finanzierungslücken überbrücken, damit es dann anschließend wieder so weitergehen kann, wie es bisher war.

— *Momentan gibt es einerseits zu viele Patienten, die mit Covid 19 Intensiv-Betten zu lange blockieren, und andererseits zu wenig Patienten, die im ordentlichen Geschäftsmodell der Krankenhäuser eingeplant waren und an denen man jetzt nicht verdienen kann.*

Das ist ja gerade der Verweis darauf, dass es gar nicht um eine sachliche Frage geht, wie viel Personal, Material und Einrichtungen notwendig sind, um eine bestimmte Anzahl von Patienten zu behandeln, sondern dass das „zu viel“ auf der einen und das „zu wenig“ auf der anderen Seite sich dem verdankt, dass die Patienten Mittel für Kliniken sind, mit ihnen Geld zu verdienen.

III. Recht und Freiheit in der Seuchenpolitik

— *Wie ist die Überschrift in Abs. III. 1 „Facetten sachlicher Kritik“ zu verstehen? Die Parteien- und Landespolitiker machen bei „Corona“ das, was sie immer tun: Sie setzen sich in Szene, erheben Anspruch auf die Macht und werfen der Regierung vor, sie würde planlos handeln. Die Kritik ist keine inhaltliche zur Strategie gegen Corona, sie klagt souveränes Durchsetzen ein. Was ist daran sachlich?*

„Sachliche Kritik“ ist eine Tautologie: Kritik kann man nur an der Sache üben, die man sich vornimmt und dann auch nur gemäß dieser Sache. So etwas gibt es in der Demokratie nicht. Hier werden Gesichtspunkte an die Sache herangetragen, von denen aus kritisiert wird.

— *Die Überschrift kündigt an, dass es jetzt nicht um den Privatmenschen mit seinem Geschimpfe geht, sondern darum, wie sich die politische Elite der Sache widmet.*

— *Politische Eliten sind diejenigen, die das Meinungsbild der Privatmenschen initialisieren. Insofern hört man aus der Öffentlichkeit wie aus der Parteienkonkurrenz wie auch von allen privaten Corona-Experten sehr ähnlich lautende Vorwürfe an die Politik.*

Das entscheidende Argument ist, dass es zwar jede Menge Unzufriedenheit gibt, aber die Allerersten, die unzufrieden sind, sind gar nicht die Bürger. Zuerst und vehement zu Wort melden sich konkurrierende Politiker unterschiedlicher Parteien. Das zweite Argument ist, dass mit dieser Kritik, die von oben herab laut wird, der Unzufriedenheit von unten ein Weg gewiesen und eine Perspektive eröffnet wird, welche Art von Kritik als angemessen und angebracht gilt.

— *Die „sachliche Kritik“ sieht in der Demokratie eben so aus, dass verlangt wird, dass eine Regierung die Nation souverän führt, und in diesem Fall die Pandemie souverän bewältigt.*

— *Zunächst geht es in diesem Kapitel um die Kritik an der Corona-Politik. Die lebt von dem Maßstab: Wenn richtig regiert werden würde, hätte man Corona besser im Griff. Im zweiten Absatz geht es darum, dass eine richtig gute Regierung vor allem glaubwürdig zu sein hat.*

Die sachliche Kritik, die da vorgebracht wird – nicht nur von den Politikern, sondern auch von Fachleuten – besteht darin, dass die Regierung Fehler gemacht hat. Es wird nicht über die Sache gesprochen, über die Gründe und die Kriterien der Regierung, sondern nur die allgemeine Forderung erhoben, dass eine Regierung doch eigentlich den Erfolg haben muss, den sie selber auch beansprucht. Sie wird für den Erfolg staatlicher Machtausübung zur Rechenschaft gezogen, ganz egal, ob das im Fall Corona der Sache nach überhaupt in den nächsten paar Wochen möglich ist. Der Beurteilungsgesichtspunkt der Kritik ist: Schafft sie erfolgreich, was sie sich vornimmt und was sie der Opposition und dem Bürger schuldig ist? Darauf beziehen sich Oppositionspolitiker mit dem Versprechen, mit ihnen würde es besser gehen.

— *Mit dieser Sorte Kritik ist jede Unzufriedenheit, die bei den Leuten aufkommt, selbstverständlich in den Zuständigkeitsbereich der Politik überführt. Die Sache, mit der man unzufrieden ist, wird in die Frage verwandelt: Betreibt die Politik ihr Geschäft*

effektiv, ist sie in der Pandemiebekämpfung erfolgreich?

Das Eigentümliche an der Sorte Kritik – „besser einheitliche Regelungen“ oder doch „lieber differenzierte“; man hätte „früher“ oder doch besser „später“ agieren sollen; von der Bundesebene aus oder doch auf Länderebene – ist, dass sie sich an keinem Punkt zur Sache äußert, sondern rein *methodisch* anmahnt, dass es anders besser gemacht worden wäre. So äußern sich politische Konkurrenten um die Macht. Sie werfen sich wechselseitig Versagen vor, was immer den Gehalt hat, man selber könne das viel besser machen und hätte es natürlich auch besser gemacht. Mit dieser methodischen Kritik wird der *Standpunkt* in die Welt gesetzt, die Politik an ihrem Erfolg zu messen. Den unzufriedenen Bürgern wird das als ihre Perspektive angeboten: Es kommt darauf an, dass die Politik endlich mal handelt, alle hinter sich scharft und Konsequenz zeigt. Die aktuelle Debatte um die Änderung des Infektionsschutzgesetzes ist dafür ein gutes Beispiel: Der Maßstab, an dem die Politik gemessen wird, ist, ob sie *sich* konsequent *durchsetzt*, *durchregiert* und das auch noch möglichst schnell. Das baut auf die Fiktion, dass die Politik, wenn sie nur schnell und konsequent genug agiert, die Pandemie voll im Griff hätte. Das ist der „*Fetisch des Erfolgs staatlicher Machtausübung*“ (S. 107).

— Auf S. 107, Mitte, heißt es aber, dass die Politiker glaubhaft den Anschein vermitteln sollen, die Pandemie im Griff zu haben. Der Bürger soll ihnen vertrauen können, dass sie alles in ihrer Macht Stehende tun. Er hat ein zentrales Recht darauf, von guter Politik bedient zu werden und ein Recht auf klare Ansagen.

An dieser Stelle (S. 107, Mitte) sind das die Argumente der Opposition. Die will absichtlich und bewusst die Regierung schlecht machen und ihr Versagen nachweisen. Dagegen will sie ihre eigene Führungsstärke anpreisen, also selber den Anschein erwecken, alles im Griff zu haben.

Der Artikel geht bei der Erläuterung der verschiedenen Arten von Kritik die verschiedenen Instanzen der demokratischen Meinungsbildung durch. Wie Kritik vorkommt, wie Unzufriedenheiten vereinnahmt werden, das ist Sache der *Profis der Politisierung* (S. 106): Die erste Instanz ist die der Mitregenten und Opposition, die nächste die der Öffentlichkeit und die dritte die der Regierung selber. Alle üben vom Standpunkt der jeweiligen Instanz aus Kritik. Die vierte Gewalt, die Öffentlichkeit, beurteilt das Hin und Her zwischen Opposition und Regierung und zwar mit inhaltlich genau denselben Erfolgskriterien. Anhand dessen, wie in diesen Institutionen jeweils Kritik geübt wird, kritisiert der Artikel diese Institutionen der Demokratie.

— Zur vierten Gewalt: Was mit dem „Standpunkt des schlecht gelaunten Rechtsbewusstseins“ ausgesagt (S. 107)? Ist damit gemeint, dass die Presse die Unzufriedenheit der in der Pandemie belasteten Bürger bedient und unterfüttert und man das beim Bürger wieder abrufen kann (Stichwort „Echokammer“)? Ist mit „schlecht gelaunt“ gemeint, dass die Unzufriedenheit des Bürgers so folgenlos ist? Denn der beugt sich ja allem, was als Recht gesetzt wird, und hält sich dazu die schlechte Laune.

— Es geht um die Politisierung der Unzufriedenheit. Die erste Abteilung ist die Konkurrenz um die Macht, wo die Regierung von der Opposition kritisiert wird. Die zweite Abteilung ist die Presse. Sie greift die Kritik der Opposition und die Unzufriedenheiten im Volk auf und macht das Ihre daraus. Und so wird man permanent beschallt. Das

Politisieren merkt man an den Leuten: Die sagen wie ein Echo genau die Gedanken, die man in der Presse und von den Politikern täglich lesen und hören kann und sind damit weit weg von ihren Nöten mit dem Geld oder den Kindern. Die Frage ist doch, wie das geht, dass der Mensch, der materiell durchaus zu kämpfen hat, die aus allen Kanälen bekannten Argumente nacherzählt und die in dem Anspruch münden, gescheit regiert werden zu wollen.

— Darauf kommt man als Bürger, weil man dauernd von den konkurrierenden Politikern und der Presse zu dem „Fetisch des Erfolgs staatlicher Machtausübung“ (S. 107) angestachelt wird. Der Witz der Echokammer besteht nicht nur in der Wiederholung dessen, was ihnen vorgesagt wird, sondern darin, dass sie denken, einen Anspruch auf kompetente Regierung und Führung (in dieser Krise) zu haben. Die Unzufriedenheiten und materiellen Nöte der Leute kommen darin gar nicht mehr vor. Das ist gemeint, wenn es heißt, dass die Ergebnisse der Meinungsumfragen „in ihrer nackten Abstraktheit“ (S. 107) das Bewusstsein der Bürger „treffend fassen und bedienen“. Die Frage, ob sie mit dem Regieren zufrieden oder unzufrieden sind, bedient ihr Verlangen nach souveränem Staatshandeln, spielt sich also auf dieser höheren Abstraktionsstufe ab.

Die Beiträge haben das Allgemeine gefasst, was immer gilt, nämlich dass sich die Leute den Maßstab guten Regierens zu eigen machen sollen. Die heutige *Notsituation* dagegen, diese besonders umfassende Krise, verlangt – da sind sich alle einig – von vornherein, dass es ohne Wenn und Aber darauf ankommt, dass die Regierung konsequent, mit aller Härte, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und natürlich kompetent *durchregiert*. Das zeigt sich z.B. darin, dass laut Meinungsumfragen die Mehrheit der Leute mit den derzeitigen Maßnahmen nicht nur einverstanden ist, sondern sogar für einen noch härteren Lockdown plädiert. In dieser Katastrophenlage fordern die Leute ihr Anrecht auf konsequentes Durchregieren von oben ein. Von diesem Standpunkt aus beurteilen sie die Politik und werden mit ihr unzufrieden. Das ist die Unzufriedenheit in ihrem *Rechtsbewusstsein*.

— Dabei ist die private Unzufriedenheit mit allem möglichen nicht weg, sondern jeder hat in seiner individuellen Notlage einzusehen, dass die nur dadurch gelöst werden kann, dass die Politik durchregiert. Im Artikel steht, dass die Unzufriedenheit sogar noch angestachelt wird, um sie in diesem Sinne einzusortieren.

Mit dem „schlecht gelaunt“ ist in der Tat gemeint, dass die Nöte der Leute, wie z.B. die Probleme des Gastgewerbes, aufgegriffen werden, aber nicht, um sich um deren Gründe zu kümmern, sondern um sie zu überführen in die Forderung nach guter Regierung. Darin fühlen sich die Leute auch in ihrer Unzufriedenheit aufgehoben. Was konkret anders gemacht werden soll, darüber sind sie sich sowieso nicht einig. Der eine will z.B. die Öffnung der Gastronomie flexibler gestalten, der andere will sie länger zulassen usw. Einig sind sie sich in der eigentlichen Frage und darauf kürzt die Öffentlichkeit alles zusammen: Wie zufrieden ist man mit dem Regiert-werden?

— Das ist sehr abstrakt. Hat denn nicht doch das Gut-regiert-werden den Inhalt, dass die Pandemie bewältigt werden muss, also mal zu Ende geht?

Ja natürlich geht es um die Bewältigung der *Pandemie*. Die Notlage ist ja der Aus-

gangspunkt, und die wird nur bewältigt, wenn konsequent durchregiert wird. So gehört das zusammen. Eingefordert wird, dass in dieser Notlage im Unterschied zu normalen Zeiten alles andere hintan zu stehen hat. Daran hat sich die Regierung jetzt zu bewähren. Das impliziert diesen Irrsinn, dass die Pandemie perspektivisch in den Griff zu kriegen wäre, wenn die Politik nur konsequent genug ihre korrekte Dosis von Gewalt anwenden würde. Als ob es an der mangelnden Konsequenz der Machtausübung läge, wenn sich die Leute an einem grassierenden Virus anstecken.

— *Die Kritik am Maßstab schlechten und guten Regierens gibt es ja doch zu allen Zeiten. Wie ist das mit der besonderen Notlage gemeint, hinter der alles andere hintan zu stehen hat, weil nur noch dieser Maßstab gilt?*

Gutes Regieren bekommt in dieser Notlage einen anderen Gehalt. Normalerweise wird in der Politik oder am Stammtisch z.B. um die Ausgestaltung des Sozialstaats gestritten, also das eigene Interesse in Alternativen des Regierens überführt. In der aktuellen Situation muss mit aller Konsequenz auf die Bewältigung der Notsituation hingearbeitet werden. Das macht die Absolutheit des Anspruchs an die Politik aus. Die Forderungen an die Regierung sind pur methodisch: „schnell, aber nicht überhastet; differenzierter, aber nicht zu kleinteilig; pauschal, aber angemessen für den Einzelfall“. Die Forderungen sind also gar nicht mit inhaltlichen Vorschlägen verknüpft, sondern werden an dem Maßstab „Erfolg in der Bewältigung der Notlage“ gemessen. Das ist der Fetisch, als ob die Notlage durch pures Durchregieren zu bewältigen wäre. Die Leute machen sich das zu eigen. Sie messen gerade in der Krisenlage die Politiker in Regierung und Opposition nur noch an dem einen Maßstab, inwieweit sie glaubwürdig den Eindruck vermitteln, dass sie mit allen Konsequenzen und in jeder Hinsicht das Notwendige tun.

— *Der nächste Punkt ist: Die Regierung erlaubt Kritik an ihrer Coronapolitik und die dürfen Kritiker auch demonstrierend äußern. Einige von denen pochen darauf, ohne Abstand und Maske ihre Bürgerrechte gegen den Staat geltend zu machen, und machen deutlich, dass sie sich keinen „Maulkorb“ verpassen lassen. Daraufhin stellt die Regierung als Lizenzgeber mit Geldbußen oder auch Haftstrafen klar, dass jede Lizenz auch wieder entzogen werden kann, also keineswegs einen bedingungslosen Freibrief darstellt. Da bringt der Rechtsstaat mit seiner Vernunft die Gewalt in Anschlag.*

— *Noch bevor der Staat seine Gewalt ins Spiel bringt, schlägt er mit dem Instrument der „Ächtung“ zu. Diese Querulanten gehören sich von vorneherein nicht. Als Indiz dafür wird vorgetragen, dass sich unter ihnen Rechtsradikale tummeln. Da ist der Staat mit Recht gefordert, solche Bestrebungen als verfassungsfeindlich einzustufen und letztendlich auch mit Gewalt zu beantworten.*

Die Frage ist wie der Staat Coronaleugner ins Unrecht setzt. Ihnen wird das Recht auf Kritik abgesprochen, weil an den Demonstrationen auch Rechtsradikale teilnehmen. Damit ist die inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren Beschwerden erledigt. So wird ihre Kritik abgefertigt und diese Tour endet folgerichtig bei Gewalt.

Die sog. Querulanten bestehen darauf, dass ihnen ihre Freiheitsrechte erlauben, sich (ausgerechnet!) über die von der Regierung verordneten Hygienemaßnahmen hinweg-

setzen zu *dürfen*. Da findet eine Verschiebung bei diesen Leuten statt: Wenn ihnen das verweigert wird, wird ihnen das *Recht* auf Meinungsfreiheit genommen, oder: „Man wird doch nochmal sagen dürfen, dass man das für eine unzulässige Einschränkung der Freiheit hält.“

— *Wenn die Demonstranten gegen die Hygienemaßnahmen sind, dann schreien sie „Maulkorb“, d.h. die Anordnung des Maskentragens verstehen sie als eine Beschneidung ihrer Freiheitsrechte. Wenn die Regierung sich bei ihren Vorschriften auf die Wissenschaft beruft, nehmen diese Demonstranten in den Vorschriften nur die Gewalt wahr und wollen nicht die wissenschaftlichen Argumente hören, mit denen die Politik ihre Vorschriften legitimiert. Das ist die Parallele zur Hoheit selbst. So passen oben und unten im demokratischen Dialog zusammen.*

Damit ist nochmal auf die Ebene verwiesen worden, auf der sich die Auseinandersetzung abspielt. Die Demonstrierenden beharren darauf, es frei sagen zu *dürfen*, dass die Maskenpflicht eine unzulässige Freiheitsberaubung sei und dass sie ihre Meinungsfreiheit ausüben, wenn sie dies äußern. Auf diese Verschiebung – das wird mal wohl sagen dürfen – reagiert die Regierung mit Ächtung des unerwünschten Standpunkts, der sich dadurch delegitimiert, dass Rechtsradikale mitmarschieren. Die Reaktion der Regierung ist nicht etwa, ihnen eine Lehrstunde abzuhalten über den wissenschaftlich belegten Nutzen der Maßnahmen, sondern ihre Beschwerde wird als missliebige Position, der man nicht argumentativ, sondern nur mit Ächtung begegnen kann, zurückgewiesen. Die Protestierenden halten ihrerseits diese Vorschriften, ebenfalls mit Verweis auf die Wissenschaft, für eine Vergewaltigung. Dabei berufen sie sich darauf, dass es sich um eine staatliche Anordnung handelt, die nicht aus der Sache, sondern mit der Gewalt des Staates begründet wird, und genau deshalb sind sie unter Absehung des Inhalts dagegen.

— *Damit sind sie nicht außerhalb des demokratischen Diskurses, sondern beziehen sich als Fußvolk einer legalen Opposition auf das Parteiprogramm der AfD, in dem steht, es sei wissenschaftlich nachgewiesen, dass das Tragen von Masken nicht das erwünschte Ergebnis bringe.*

Im 1. Abschnitt (S. 108) geht es nicht um die Legitimierung der staatlichen Verbote. Hier soll klargestellt werden, wie die Regierung mit Kritik umgeht: Kritik ist erlaubt, hat aber ihre Grenzen dort, wo die Regierung sie zieht. Das ist der Inhalt der Lizenz. Die Coronagegner reagieren auf der gleichen Ebene, wenn sie in den Verboten eine Beschränkung der Freiheitsrechte sehen. Daraufhin kontert die Regierung, dass es doch die Richtigen treffe, die mit dieser Rechtsordnung sowieso nichts gemein haben. Sie verweist darauf, dass eine Nichteinhaltung der Hygienevorschriften schädlich ist, diese also einzuhalten sind und sie mit ihrer Gewalt dafür sorgt, dass die Verbote im Volk akzeptiert werden. Es ist kein Streit um die *Sache*, sondern um das *Recht*. Die Regierung beruft sich darauf, dass sie in der Sache recht hat, weil sie das Recht setzt und durchsetzt. Der „Verstoß gegen die Einhaltung von Hygieneregeln“ ist die Begründung für ein Verbot der Demonstrationen. Erst im zweiten Punkt wird darauf eingegangen, wie rechtfertigt sich die Regierung mit der Berufung auf die Vernunft. Die Überlegungen, dass die AfD sich ebenfalls auf wissenschaftliche Aussagen beruft, wenn sie der Regierung Versagen vorwirft, gehören in diesen zweiten Punkt.

— Die sogenannten Coronaleugner belassen es nicht dabei, dass die Maskenpflicht ihrem Freiheitsrecht widerspricht. Sie beschäftigen sich doch inhaltlich mit der Vorschrift und berufen sich ebenfalls auf die Wissenschaft, wenn sie sagen, dass das Tragen von Masken die Ansteckung nicht verhindert, und damit begründen, dass es ein Angriff auf die Freiheitsrechte ist.

Die Verschiebung besteht darin, dass sie den Inhalt verlassen und stattdessen die Regierung anklagen, dass sie die freie Meinung unterdrückt. Dass sie darüber hinaus auch noch argumentieren, kann man im Punkt 2 als Ergänzung aufnehmen. In Punkt 1 ist erst mal ihr Argument Thema, dass das staatliche Maskengebot ein Verstoß gegen die Demokratie und die Meinungsfreiheit sind.

— Ihre Beschwerden tragen sie doch nicht in dieser abstrakten Form vor, sondern durchaus mit dem konkreten Inhalt. Sie haben eine andere Meinung zum Maskentragen, der sie nicht nachkommen dürfen. Sie müssen sich vielmehr der vom Staat angesagten Meinung unterordnen. Weil sie nicht entsprechend ihrer Meinung ohne Maske demonstrieren dürfen, sehen sie darin die Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Der Staat gewährt ihnen die freie Meinungsäußerung, aber nur mit Maske.

Sie berufen sich auf eine Freiheit, die sie aus ihrem normalen Leben kennen. Sie sehen in ihrem Alltag, der ihnen vorgegeben ist, und in den Notwendigkeiten, denen sie unterworfen sind, den Inbegriff der Freiheit. Unfreiheit, Einschränkung der Freiheit fängt für sie da an, wo ihnen das Tragen einer Maske auferlegt wird. Als „Argument“ verweisen sie auf ihr Freiheitsrecht, das sie in ihren Augen berechtigt, sich nicht von oben vorschreiben lassen zu müssen, wann und wo sie eine Schutzmaske zu tragen haben. Der Text erlaubt sich den Hinweis, wie unvernünftig dies der Sache nach ist. Der Witz ist, dass die staatliche Maskenpflicht für etwas anderes steht. Sie nehmen sie als unzulässige Einmischung des Staates. (Man lässt sich ja vieles im normalen Alltagsleben vorschreiben, aber das geht jetzt doch endgültig zu weit.) Deshalb ist das erste Argument nicht die Differenz in der Sache, sondern dass man gegängelt wird und eine Maske aufziehen soll und dass schließlich auch noch verboten wird, zu demonstrieren und seine Meinung – ohne Maske – zu äußern.

— Ihre Kritik läuft wohl letztlich darauf hinaus. Wenn man ihre Kritik aber auf diesen letzten Zipfel reduziert, wird man ihnen nicht gerecht. Diese Leute halten nichts von dem Tragen eines Mundschutzes und sie beurteilen die „sog. Coronalüge“ auch als eine Attacke des Staates auf seine Bürger.

Dass sie bei ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit demonstrativ staatliche Vorgaben missachten, ist ein Hinweis darauf, dass sie den Gegensatz zum Staat darauf zuspitzen, dass er ihnen die Freiheitsrechte verweigert, die er ihnen generell gewährt. Der Artikel handelt vom staatlichen Umgang mit Kritik in dieser Frage und dafür muss man nicht ausführlich auf die Theorien der Coronaleugner eingehen.

— Im 2. Absatz (S. 108) geht es um die Legitimation der staatlichen Vorschriften. Da dient ihnen erstens *die Wissenschaft als Berufungstitel*. Sie ist nicht der Maßstab, nach dem sie sich richten, sie verleiht vielmehr „der Exekution politischer Gewalt den An-

schein von Rationalität“ (S.108). Als nächstes wird *Selbstkritik als Mittel der Rechtfertigung* besprochen. Die Selbstkritik besteht darin, dass die Politiker zugeben, bei ihren Entscheidungen und deren Durchsetzung nicht immer die nötige Transparenz gezeigt zu haben. Sie zeigen Verständnis für den Unmut, der sich daran entzündet, dass sie ihre Entscheidungen, die zweifelsfrei richtig sind, dem Volk nicht ausreichend verständlich gemacht haben. Sie benennen keinen Fehler, der gemacht wurde, sondern beharren darauf, dass ihr Handeln richtig war. Das ist der Witz, so geht die Politik mit Kritik an ihren Entscheidungen um. Der *dritte Berufungstitel ist der Hinweis auf die schwierige Situation*, die den Politikern harte Entscheidungen abverlangt. Die Schwere der Verantwortung, die sie tragen, soll von der Bevölkerung mit Verständnis für die verordneten Einschränkungen honoriert werden. Die Verschiebung liegt darin, dass keine Auseinandersetzung über Sachfragen stattfindet, sondern darüber, *wie* das Regieren, an dessen Richtigkeit kein Zweifel zugelassen wird, den Leuten so *nahegebracht* wird, dass diese sich dahinter stellen. Die Selbstkritik, schlecht kommuniziert zu haben, beweist die Richtigkeit und Glaubwürdigkeit ihrer Politik.

— *Merkels Entschuldigung bezüglich der falschen Entscheidung beim 5-Tages-Lockdown vor Ostern nimmt Bezug auf diese Punkte: Sie fordert beim Bürger Verständnis für die Politik ein und ihr Eingeständnis, schlecht kommuniziert zu haben, bestätigt, dass sie in der Sache richtig liegt.*

Was im Artikel bezüglich „Selbstkritik“ gemeint ist, ist etwas anderes als die Entschuldigung von Merkel. Sie hat in der Nacht eine Entscheidung getroffen und am nächsten Morgen festgestellt, dass diese Entscheidung nicht praktikabel ist und sie daraufhin wieder zurückgenommen. Dafür hat sie sich entschuldigt.

— *Merkel hat bemerkt, dass das demokratische Procedere nicht geklappt hat. Die Entschuldigung soll das angekratzte Vertrauen der Bürger wiederherstellen. Was ist daran falsch?*

Erstens stimmt es nicht, dass das demokratische Procedere nicht funktioniert hat, und zweitens ist nicht erkennbar, dass das Vertrauen des Volkes in die Kanzlerin irgendwie beschädigt wurde. Merkel hat gemerkt, dass ihr Vorhaben nicht realisierbar war. Für diesen Fehler hat sie sich entschuldigt. Dabei ist als Beurteilungsmaßstab unterstellt, dass die Bürger von den Politikern zu Recht erwarten dürfen, dass diese ihre Entscheidungen auch erfolgreich durchsetzen. Wo ist da das Vertrauen erschüttert? Merkel hat sich beim Volk dafür entschuldigt, dass sie sich etwas vorgenommen hat, das sie nicht durchsetzen konnte. Das darf einem Politiker nicht passieren.

— *Dabei hat sie darauf verwiesen, dass sie als Kanzlerin ihrem Amt dadurch gerecht werden will, dass das Volk keine Zweifel in sie haben kann. Um dies zu bekräftigen, entschuldigt sie sich dafür, dass sie Unsicherheit im Volk gestiftet hat, unabhängig davon, ob dies nur eine vermutete oder reale Konsequenz ist. Sie hat mit ihrem Kniefall beabsichtigt, das Vertrauen im Volk wiederherzustellen (oder aufrecht zu erhalten). Sie will bezeugen, dass sie ihr Amt absolut verantwortungsvoll ausübt und dass sich das Volk darauf verlassen kann. In der Demokratie ist es ungewöhnlich, dass sich ein Politiker für Maßnahmen entschuldigt mit dem Verweis, das Volk sei möglicherweise dadurch verunsichert worden. Merkel geht es mit ihrer Entschuldigung um eine Selbst-*

inszenierung. Im Text geht es darum, wie die Regierung mit Kritik umgeht und wie billig das zu haben ist.

Merkel hat einen Fehler zugegeben und gleichzeitig festgehalten, dass ihre Intention inhaltlich richtig war und der Fehler darin bestand, dass sie mit dem Vorhaben gescheitert ist. Darin ist auch enthalten, sie könnte die Leute verunsichert haben. Dadurch, dass sie ihren Fehler eingestanden hat, was von allen Seiten als Größe und Demut belobigt wurde, hat sie ihre Glaubwürdigkeit wiedererlangt und bewiesen, dass sie ihr Amt zu Recht innehat.

— Man bedient das Volk in seinem Bedürfnis, souverän regiert zu werden und dazu passt Selbstkritik.

Die Betonung liegt darauf, wie billig die Politik mit der an ihr geäußerten Kritik fertig wird. An der Sache ist nichts zu kritisieren, wenn überhaupt, dann nur daran, dass sie nicht verständlich genug kommuniziert wurde. In diesem Sinne gelobt die Politik Besserung.

Nachträge zu Pandemie XVIII

— Es gibt zum Begriff des „Durchregierens“ noch einen Nachtrag zu folgender Passage des letzten Protokolls: „Die Beiträge haben das Allgemeine gefasst, was immer gilt, nämlich dass sich die Leute den Maßstab guten Regierens zu eigen machen sollen. Die heutige Notsituation dagegen, diese besonders umfassenden Krise, verlangt – da sind sich alle einig – von vorneherein, dass es ohne Wenn und Aber darauf ankommt, dass die Regierung konsequent, mit aller Härte, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und natürlich kompetent durchregiert. Das zeigt sich z.B. darin, dass laut Meinungsumfragen die Mehrheit der Leute mit den derzeitigen Maßnahmen nicht nur einverstanden ist, sondern sogar für einen noch härteren Lockdown plädiert. In dieser Katastrophenlage fordern die Leute ihr Anrecht auf konsequentes Durchregieren von oben ein.“

Es geht darum, das Missverständnis zu verhindern, dass man „Durchregieren“ als dasselbe nimmt wie möglichst harten Lockdown. Das Durchregieren bezieht sich aber auf den Widerspruch der gesamten Seuchenpolitik, auf die zwei Pole Volksgesundheit und Volksernährung, also letzten Endes das Funktionieren der kapitalistischen Gesellschaft (Pandemie III). Es geht immer um die Bewältigung dieses Widerspruchs zwischen Lockdown und Lockerung. Insofern wäre es nicht richtig zu sagen, die Leute fordern durchregieren im Sinne von „jetzt soll mal richtig durchgegriffen und mehr zugemacht werden“. Was sie fordern, ist, die Regierung soll kompetent das Problem Pandemie lösen. Wichtig ist an dieser Stelle, dass es nicht um die „normale“ Kritik der Leute geht, die sich ja immer auf den Standpunkt der Regierung stellen und von dem aus gutes Regieren und am besten konsequentes Durchregieren fordern. Die Kritik hier hat einen besonderen Charakter, weil es eben diesen Widerspruch zu bewältigen gilt, und daraus ist auch das Besondere an diesem Übergang zu erklären. Wenn die Leute sagen, konsequent soll das staatliche Handeln sein, sind darin sowohl die enthalten, die sagen, jetzt müsste man mal konse-

quent zumachen, damit man auch wieder aufmachen kann, wie die anderen, die sagen, die Freiheit würde ihnen vollkommen weggenommen, wie z.B. diese Künstler mit ihren satirischen Darstellungen.

Klar ist, dass mit „Durchregieren“ nicht ein besonders strenger Lockdown oder ähnliches gemeint ist. Die Darstellung aber, dass aus der Abwägung der Politik zwischen Volksgesundheit und Volksernährung das Besondere der öffentlichen Debatten heutzutage folgt, trifft das nicht richtig: Eine Auseinandersetzung damit, nach welchen Gesichtspunkten welche Maßnahmen ergriffen werden, tritt vollkommen dahinter zurück, dass wegen der *Notsituation* überhaupt nur noch der Standpunkt gilt, es käme zu deren Bewältigung darauf an, dass die Regierung alles Notwendige mit aller Konsequenz zum richtigen Zeitpunkt und im richtigen Ausmaß tut. Das macht einen Maßstab auf, der ganz weg geht von staatlicherseits getroffenen Abwägungen und Maßnahmen. Dieser so methodisch angemahnte Erfolg der Politik wird dann zum Maßstab der Beurteilung und andersherum auch zum Maßstab der (Un-) Zufriedenheit mit der Politik. Das sollte zum Ausdruck gebracht werden. Dass die Leute wie immer von ihren Sorgen ausgehend sich auf den Standpunkt der Regierung stellen und Alternativen der Politik abwägen, ist angesichts der Pandemiebekämpfung und der dort stattfindenden öffentlichen Debatten unzureichend zur Kennzeichnung des „Guten Regierens“ wie es der Bürger sieht.

— *Ich möchte mich nochmal darauf beziehen, warum das Entschuldigungstheater von Merkel nicht an den Punkt im Artikel gehört, wo es um die „Tirade der Rechtfertigungen“ und „das von demokratischer Reife zeugende Mittel der Selbstkritik“ (GS 1-21, S. 108) geht. Sie hat keine Kritik an der Regierung geübt, sondern sie kritisiert sich selbst. Und nicht deshalb, weil Maßnahmen schlecht kommuniziert worden seien. Sondern: die Kanzlerin hat mit den Ministerpräsidenten diese verlängerte Osterruhe beschlossen und dann festgestellt, dass sich der Beschluss so nicht umsetzen lässt. Deshalb hat sie den Beschluss zurückgezogen und sich für die möglicherweise durch diesen Rückzug bewirkte Irritation bei ihrem Volk entschuldigt. Das hat nämlich einen Anspruch sowohl darauf, dass die Kanzlerin Entscheidungen trifft als auch, dass diese dann umgesetzt werden. Letzteres ist diesmal weggefallen, deshalb hat sie die Osterruhe zurückgenommen und sich beim Volk dafür entschuldigt, dass sie – die vertrauensvoll und mit aller Sorgfalt ihr Amt ausfüllen will – hier gefehlt hat. Diesen Verantwortungsbonus wollte sie sich mit der Selbstkritik wieder zurückholen. Das ist ein anderer Fokus als das, was auf der S. 108 nach dem zweiten Spiegelstrich charakterisiert ist.*

Es stimmt, die von Merkel geübte Selbstkritik hat einen anderen Inhalt als im Artikel, wo es heißt, man habe die nötigen Maßnahmen nicht ausreichend kommuniziert, man habe nicht genug Transparenz an den Tag gelegt. Als Fehler hat die Kanzlerin benannt, dass sie eine Maßnahme verkündet hat und sich genötigt sah, diese anschließend gleich wieder zurückzunehmen.

Damit setzt sie den Maßstab der Beurteilung der Politik in die Welt, dass das Volk sich von seiner Kanzlerin erwarten darf, dass sie das, was sie sich vornimmt, auch

durchsetzt. Das buchstabiert sie als Pflicht einer Bundeskanzlerin. Also darf sie es sich auch nicht leisten, dass sie eine Sache beschließt und dann eingestehen muss, dass sie nicht durchführbar ist. Zu unterstreichen ist hier, dass das der Maßstab ist, den sie damit in die Welt setzt, an dem sie gemessen werden will. Sie konzidiert damit, dass sie das Volk möglicherweise verunsichert hat, weil sie als die oberste Führung nicht in der Lage war glaubwürdig zu repräsentieren, dass sie nicht nur alles Nötige tut, sondern auch in der Lage ist, das durchzusetzen. Damit macht sie regelrecht die Vorgabe, womit das Volk unzufrieden sein darf. Daher ist es auch in Ordnung, dass sie sich dafür entschuldigt, wenn sie dem Volk Maßnahmen in Aussicht stellt, die sie gleich wieder zurückzieht. Und damit ist die Verunsicherung auch erledigt und vom Tisch gewischt.

— *Dahingehend ist die Botschaft doch auch verstanden worden. In den Wochen nach der Entschuldigung der Kanzlerin war die Öffentlichkeit sich einig, dass die Ministerpräsidenten abgestraft gehören, damit sie sich nicht weiterhin querstellen können. Die Frage war auf dem Tapet: schafft es die Kanzlerin, so zu agieren wie sie es selber mit ihrer Entschuldigung vorgegeben hat, nämlich konsequent und unter Ausschaltung von Hindernissen? Statt „die Unzufriedenheit ist vom Tisch“ kann man auch sagen, damit ist der Unzufriedenheit der Maßstab vorgegeben entlang dem sie zu urteilen hat und entlang dem sie sich zu beschweren oder zufrieden zu sein hat.*

Zu dem Punkt „Verunsicherung“ noch eine Ergänzung. Die Kanzlerin will sich daran messen lassen, ob sie Klarheit darüber stiftet, woran die Bürger sich zu halten haben. Damit, dass sie am Morgen korrigiert, was sie am Abend vorher angekündigt hat, hat sie einer gewissen Verunsicherung Vorschub geleistet. Sie entschuldigt sich dafür, dass sie es an dieser klaren Orientierung hat fehlen lassen. Dass sie für das, was sie eigentlich wollte und durchsetzen wollte, gute Gründe hatte, und dass diese guten Gründe auch weiter bestehen, darauf besteht sie ja gerade: Sie sagt, ihr Fehler war *weder* die Absicht, die Pandemie durch eine verlängerte Einschränkung der Kontakte über Ostern zu unterbinden, *noch*, dass sie das überhaupt versucht hat, *sondern*, dass das nicht umzusetzen war. Deshalb bestand der Fortgang der Affäre darin, ihr mehr Befugnisse einzuräumen. Also musste sie das Infektionsschutzgesetz ändern.

Jours fixes vom 22.03., 14.4. und 26.4.2021 (Zusammenfassung)